

PRESSEMITTEILUNG

Wissenschaft braucht Freiheit – Nürnberg und Erlangen starten Initiative „Akademische Allianz“

Die SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg und die SPD Erlangen setzen ein gemeinsames Zeichen für Wissenschaftsfreiheit, Menschenrechte und internationale Solidarität. Angesichts massiver politischer Eingriffe in den akademischen Betrieb durch die Trump-Administration in den USA, darunter an Universitäten wie Harvard, möchten beide Städte bedrohten und diskriminierten Studierenden und Wissenschaftler:innen eine neue Perspektive bieten – mit einer „Akademischen Allianz“ in der Metropolregion Nürnberg.

Dr. Nasser Ahmed, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg und OB-Kandidat, erklärt:

„Während in den USA Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zunehmend unter politischen Druck geraten, stehen wir in Nürnberg für ein Klima der Offenheit, Neugier und akademischen Freiheit. Die FAU, der Energiecampus Nürnberg und unser wachsendes Netzwerk an Forschungseinrichtungen sind Orte, an denen kritisches Denken nicht nur erlaubt, sondern gewünscht ist. Stadt und Metropolregion können davon profitieren, denn sie bekommen die Chance, qualifizierte Studierende und Wissenschaftler:innen langfristig in die Region zu holen und Nürnbergs Ruf als Stadt der Menschenrechte international noch stärker zu etablieren.“

Florian Janik, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen (SPD), betont:

„Die Forschungsstärke der Metropolregion – von der FAU über die Max-Planck-Institute bis zur neu entstehenden UTN – bietet internationalen Talenten exzellente Perspektiven. Wir stehen solidarisch an der Seite derjenigen, die derzeit an US-Unis wie Harvard ausgegrenzt werden. Unsere Region kann ihre Fähigkeiten nicht nur aufnehmen, sondern aktiv fördern.“

Die „Akademische Allianz“ soll unter dem Dach der Metropolregion Nürnberg ein Bündnis aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Studierendenwerken, Beratungsstellen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur:innen bilden. Ziel ist es, Studierenden und Forschenden aus dem Ausland – insbesondere aus den USA – konkrete Unterstützung zu bieten, etwa bei:

- der Vermittlung von Studien- oder Forschungsplätzen,
- Visa-Fragen und Verwaltung,
- Wohnraumbeschaffung,
- sowie Orientierung und Integration vor Ort.

Darüber hinaus beantragt die SPD eine koordinierte Kommunikationskampagne über soziale Netzwerke (u. a. LinkedIn, Instagram), um auf die Metropolregion als offenen und wissenschaftsfreundlichen Standort aufmerksam zu machen. Auch ein offener Brief an betroffene US-Universitäten wie Harvard ist angedacht – als klares Zeichen internationaler Solidarität.

Ein entsprechender Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg wurde bereits gestellt. Darin wird die Stadtverwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Metropolregion und dem Freistaat Bayern kurzfristige Förderprogramme für gefährdete Wissenschaftler:innen zu prüfen und auf Bundesebene aktiv zu werden.

Die SPD in beiden Städten plant in den kommenden Wochen eine gemeinsame Aktion an der FAU, bei der sie internationale Studierende direkt ansprechen wollen. Ziel sei es, Nürnberg und Erlangen als „Safe Spaces“ für freie Wissenschaft sichtbar zu machen – auch mit konkreten Unterstützungsangeboten wie Vernetzungsveranstaltungen, Wohnrauminiciativen und Förderprogrammen.

Ahmed weiter:

„Was in Harvard passiert, betrifft uns auch hier. Wir zeigen Haltung – für die Freiheit der Forschung und gegen politische Einschüchterung. Nürnberg, Erlangen und die gesamte Metropolregion stehen bereit.“

Bildunterschrift:

v.l.n.r.: Dr. Philipp Dees (Vorsitzender SPD-Stadtratsfraktion Erlangen), Dr. Florian Janik (Oberbürgermeister Stadt Erlangen), Dr. Nasser Ahmed (Vorsitzender SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg)

Kontakt:

Dr. Nasser Ahmed: 0176 23854969
Oberbürgermeister Florian Janik: 09131 86-2201

Nürnberg und Erlangen, 03. Juni 2025
